

Landtags-Verhandlungen.

Abgeordnetenhaus.

Zehnjährige Sitzung vom 6. Februar.

Präsident v. Jordanbeck eröffnet die Sitzung um 10¼ Uhr.

Am Ministertische: Mehrere Regierungs-Kommissare. Später v. d. Seydt.

Die Bänke des Hauses sind wiederum sehr spärlich besetzt.

Das vom Herrenhause herübergekommene Gesetz wegen Aufhebung des Jagdrechts auf fremden Grund und Boden in Hessen und Schleswig-Holstein wird der Agrar-Kommission zugewiesen.

Darauf wird in die Tagesordnung, in die Fortsetzung der Beratung der Städte-Ordnung für die Provinz Schleswig-Holstein eingetreten.

Die §§. 39—43 werden ohne Diskussion genehmigt.

Gegen §. 44, der für die Stadtverordnetenwahlen die öffentliche mündliche Abstimmung und die relative Majorität vorschreibt, erklärt sich der Abg. Waldeck.

Abg. Graf Schwerin stimmt im Prinzip damit überein, daß die geheime Abstimmung für Kommunalwahlen schädlich sei; er habe sich aber zur Nichtsagung gemacht, keine Änderungsanträge da zu stellen, wo die Herren aus Schleswig-Holstein sich einverstanden erklärt haben.

Abg. Hänel: M. H. Drängen Sie uns doch nicht dazu, Alles zu verteidigen, was wir hier acceptiren. Die gegenwärtige Städteverfassung in den Herzogthümern schwebt geradezu in der Luft. Wir können ohne Städte-Verfassung nicht fortbestehen, wir bedürfen derselben und wollen keine Bestimmung acceptiren, welche die Vorlage für die Staatsregierung unannehmbar machen könnte.

Abg. v. Hoyerbed: Ich gebe zu, daß auch in der preussischen Städte-Ordnung sehr Vieles zu bessern ist. Der Unterschied zwischen den Schleswig-Holsteinern und uns ist nur der, daß wir die bessernde Hand anlegen und sie das Bestehende behalten wollen.

Abg. v. Hennig: Wir sind ja so unglücklich, gestern schon Bestimmungen angenommen zu haben, die der Reg.-Komm. für unannehmbar erklärt hat. Sie brauchen also doch jetzt in dieser Beziehung nicht mehr so ängstlich zu sein.

Reg.-Komm. Geh. Rath Ribbeck: Eine dahin gehende bestimmte Erklärung habe ich nicht abgegeben; ich habe mich in dieser Beziehung nur vorsichtig geäußert.

Abg. Graf Schwerin: Der Abg. v. Hennig hat gar nicht nöthig, uns Muth einzusprechen. Richtig ist, daß über das Zustandekommen des Gesetzes nicht der Minister des Innern, sondern das Staatsministerium und zuletzt Sr. Maj. der König zu entscheiden hat.

Abg. v. Hennig: Den Abg. Grafen Schwerin habe ich gar nicht genannt; ich habe nur den Herren etwas Courage machen wollen, mit uns zu stimmen. (Beifall.)

Nach geschlossener Diskussion wird der §. 44 angenommen; ebenso die §§. 45—52.

§. 53 bestimmt, daß im Falle der Nichteinigung beider Kommunalbehörden auf Anrufen einer derselben die Regierung ein wirksame Entscheidung treffen kann.

Die Kommission hat diese Bestimmung gestrichen. Abg. v. Ribbeck beantragt die Wiederherstellung derselben und der Reg.-Kommissar Ribbeck unterstützt diesen Antrag.

Abg. Graf Schwerin empfiehlt die Annahme des Kommissions-Vorschlages, weil die in der Regierungsvorlage enthaltene Bestimmung den Keim des Zwiespalts in die beiden städtischen Kollegien hineintrage. (Sehr richtig!) Die Streichung dieser Bestimmung sei für die Unabhängigkeit und Selbstständigkeit der Städte von der höchsten Wichtigkeit. Eine Einigung der Kommunalbehörden werde weit eher zu Stande kommen, wenn ihnen nicht die Hintertür geöffnet sei, an die Regierung zu gehen. (Sehr richtig!)

Reg.-Komm. Ribbeck: Es sei eine ewige Wahrheit, daß ein Richter vorhanden sein müsse, der über solche Dinge zu entscheiden habe. (Heiterkeit. Auf: Ja, Richter!) Der Staat habe die Pflicht, ein Forum zu schaffen, welches in solchen Dingen entscheide. (Sehr richtig! Richtig.)

Abg. Weike für die Regierungsvorlage. Die Städte hätten ein großes Interesse daran, daß ihre wichtigsten Angelegenheiten nicht in Folge von Starrsinn unerledigt blieben.

Abg. Miquel bezeichnet den Kommissionsvorschlag als eine sehr wesentliche Verbesserung der bisherigen Städte-Ordnung, und nachdem auch Abg. Waldeck für den Kommissionsvorschlag gesprochen, wird abgestimmt und §. 53 nach der Kommissionsfassung angenommen, die angeführte Bestimmung also gestrichen.

§§. 54 bis 68 werden ohne Debatte angenommen; ebenso die §§. 69 bis 76.

(Der Minister des Innern erscheint.)

§. 77 der Kommissionsfassung macht die Festsetzung der Gehälter sämtlicher Gemeindebeamten von der Genehmigung der Regierung abhängig.

Abg. Warburg und Genossen haben ein Amendement gestellt, welches Genehmigung der Regierung nur bei Festsetzung der Gehälter der Bürgermeister und bürgerlichen Stadträte zuläßt.

Der Reg.-Komm. Ribbeck erklärt sich gegen dieses Amendement, da die Regierung nicht darauf verzichten könne, auch auf die Festsetzung der Gehälter der städtischen Unterbeamten Einfluß auszuüben.

Das Amendement wird angenommen.

Zu §. 89 (Verwaltung der Polizei) liegen mehrere Amendements vor.

Die Abg. Hänel und Lutteroth haben in einem ausgedehnten Amendement die Normen aufgestellt, welche die Grenzen zwischen dem Wirkungskreise des Magistrats und der Polizeibehörde ziehen.

Abg. Miquel beantragt, daß dem Minister des Innern nur die Befugniß zustehen soll, in Festungen oder Städten von mehr als 10,000 Einwohnern die Sicherheits-Polizei, insbesondere die Verfolgung von Kriminal- und Polizeivergehen einer besondern Staatsbehörde, oder einem besondern Beamten zu übertragen, in welchem Falle ein von der Provinzial-Vertretung zu genehmigendes Regulativ die Grenzen der Kompetenz der Königl. Polizei-Verwaltung regeln soll.

Der Reg.-Komm. erklärt, daß die Regierung geglaubt habe, die Prinzipien der alten Städte-Ordnung beibehalten zu müssen, bei Fragen, wo die Autonomie des Staats berührt werde.

Abg. Graf Schwerin empfiehlt das Amendement Miquel, weil daselbe dasjenige vollkommen erreiche, was das Gesetz vom Jahre 1867 im Sinne gehabt habe, daß also die Regierung nur das Recht haben soll, im Interesse der Sicherheitspolizei einzugreifen. Zu weiterem Einschreiten habe die Regierung keine Veranlassung.

Vor der Abstimmung zieht Abg. Hänel sein Amendement zurück, bis auf die zu Alinea 5 beantragte Fassung, dahin gehend: „Die Kosten der örtlichen Polizeiverwaltung sind mit Ausnahme der Gehälter der von Staatsregierung im Falle der Ausübung obiger Befugniß des Ministers des Innern angestellten besondern Beamten von den Gemeinden zu bestreiten.“

Dieses Amendement und das Amendement Miquel werden angenommen und mit ihnen der §. 79.

§. 90 bestimmt die Geschäfte, welche die Regierung dem Bürgermeister zu übertragen befugt sein soll.

Abg. Jorchhammer beantragt eine Aenderung dieses Paragraphen dahin, daß der Bürgermeister eine Anstellung als Polizeianwalt — gegen besondere Vergütung — nur im Einverständniß mit den städtischen Kollegien solle annehmen dürfen.

Abg. Miquel beantragt das Alinea: „die Verrichtungen eines Hilfsbeamten der gerichtlichen Polizei und die eines Polizeianwalts“ gänzlich zu streichen.

Zur Begründung dieses Amendement bemerkt Abg. Miquel, daß der Bürgermeister bei Beibehaltung dieser Bestimmung der Regierung gewissermaßen als „Vasall“ dienen könne, was für die Kommunen die allergrößten Unzulänglichkeiten herbeiführen müßte.

Der Reg.-Komm. bemerkt, daß die Regierung lediglich beabsichtige, das bestehende Recht auch in Schleswig-Holstein einzuführen.

Die beiden Amendements werden abgelehnt, §. 90 in der Fassung der Regierungsvorlage wird angenommen.

§. 92 giebt den Aufsichtsbehörden des Staats die Befugniß, Beschlüsse der städtischen Behörden, die ihre Befugniß überschreiten oder sonst gesetzwidrig sind, oder das Staatswohl verletzen, zu beanstanden.

Abg. Miquel will diesem Paragraphen hinzufügen: „Sofern die städtischen Kollegien auf eine mit Gründung verfehene Aufforderung den betreffenden Beschluß nicht selbst zurücknehmen. — Ueber die Nützlichkeit oder Zweckmäßigkeit der innerhalb ihrer Kompetenz in der städtischen Verwaltung getroffenen Maßregeln steht im Uebrigen der Aufsichts-Behörde keine Kognition zu.“

Die Abg. Miquel und Graf Schwerin empfehlen dies Amendement. Abg. Birchow monit den Ausdruck „Staatswohl“ als höchst schädlich. Der Reg.-Komm. erklärt, daß dieser Paragraph buchstäblich dem Graf Schwerin'schen Entwurfe aus dem Jahre 1862 entnommen sei. (Heiterkeit rechts.) Das Amendement Miquel ward bei Zählung mit 147 gegen 136 Stimmen angenommen.

Die übrigen Paragraphen des Gesetzes werden ohne weitere Diskussion erledigt.

Die Abstimmung über das ganze Gesetz wird in der nächsten Sitzung nach erfolgter Redaktion erfolgen.

Zweiter Gegenstand der Tagesordnung ist der Bericht der Justiz-Kommission über den Abg. Rosch, betreffend die Eide der Juden.

Wir haben den von der Justiz-Kommission beschlossenen Gesetzentwurf bereits mitgetheilt und bemerken nur, daß Abg. Rosch seinen Antrag zu Gunsten des Kommissions-Vorschlages zurückzieht.

Nachdem der Berichterstatter Abg. Thilo den

Kommissionsentwurf mit einigen Worten begründet, rechtfertigt Abg. Ebner ein von ihm gestelltes Amendement, welches dem Entwurf einen §. 5 dahin zufügen will: „Dieses Gesetz findet keine Anwendung in den Landestheilen, in welchen nach den gegenwärtigen Gesetzen eine besondere Form für die Eide der Juden nicht existirt.“

Abg. Rosch empfiehlt die Annahme des Kommissions-Vorschlages mit dem Amendement Ebner, ebenso die Abg. Lasker und Kugler, während die Abg. Gneist und v. Patow sich dagegen erklären, weil die Dekonomie des Gesetzes darunter leiden würde. Das Amendement wird mit 133 gegen 115 Stimmen abgelehnt. — Der Gesetzentwurf wird fast einstimmig in der von der Kommission beschlossenen Fassung angenommen.

Es folgt die Schlussberatung über den Gesetzentwurf, betreffend die Ausdehnung des Gesetzes vom 7. Oktober 1865 über die Errichtung und Erhaltung von Marksteinen u. auf die neuen Landestheile. Der Gesetzentwurf wird ohne Debatte angenommen.

Ein Antrag auf Vertagung der Sitzung wird abgelehnt.

Der vierte Gegenstand der Tagesordnung ist der Bericht der Kommission für Handel und Finanzen über den Gesetzentwurf, betreffend die Verwendung der verfallenen Kautions für das Köln-Sosser Eisenbahnunternehmen.

Deutschland.

□ Berlin, 7. Februar. Ein Wiener Korrespondent der „Köln. Ztg.“ hat behauptet, der englische Minister des Auswärtigen, Lord Clarendon, habe hier in Berlin die Erklärung abgeben lassen, er habe auf Grund authentischer Berichte die Ueberzeugung gewonnen, daß Graf Beust in keiner Weise dahin gewillt hätte, einen Konflikt im Orient hervorzurufen, und daß in Folge dieser englischen Mittheilung die Polemik der preussischen offiziellen Presse gegen den Grafen Beust und seine Politik eingestellt worden sei. Wir können versichern, daß von Lord Clarendon eine solche Erklärung nicht abgegeben worden ist. Allerdings hat aber die englische Regierung in Wien und Berlin den Wunsch ausgesprochen, daß die Polemik zwischen den offiziellen Organen Oesterreichs und Preussens eingestellt werden möge, und hier in Berlin noch der besonderen Mittheilung hinzugefügt, daß sie von Wien aus die bestimmte Versicherung der Einstellung dieser Polemik erhalten habe. In Folge davon ist denn hier die Kritik des österreichischen Nothbuchs nicht weiter fortgesetzt worden. Wenn der Einstellung der Polemik andere Gründe unterbreitet werden, so sind dieselben erdichtet. Der Wiener Korrespondent der „Köln. Ztg.“ macht bei dieser Gelegenheit noch die Bemerkung, daß die preussische Regierung wahrscheinlich mangelhafte diplomatische Berichte zu ihrem Schritte verleitet haben. Da der Korrespondent keine Gelegenheit gehabt, diese Berichte einzusehen, so spricht er eben über Dinge, von denen er keine Kenntniß hat. Die preussische Regierung ist bisher durch ihre Vertreter und Agenten immer sehr gut unterrichtet gewesen. — Die hiesige „Bank- und Handels-Zeitung“ stellt neuerdings wieder mit einem gewissen Eifer Alles das zusammen, was sich in den Blättern gegen Preußen vorfindet. So enthält das Blatt einen Auszug aus einem ungarischen Blatte, worin behauptet wird, daß die rumänische Regierung die vertrauliche Beisung erhalten habe, sich durch die Reserve der preussischen Blätter nicht beirren zu lassen und die Angriffe gegen Ungarn und dem Grafen Beust auf dem Wege der Presse zu verdoppeln und dabei namentlich die Verfolgung der Rumänen in Siebenbürgen in Vordergrund zu stellen. Eine andere aus Paris datirte Nachricht dieses Blattes geht dahin, daß der Hiesiger Hof in der Presse Frankreichs keine Allirten habe. Es ist dies eine offensbare Fälschung der tatsächlichen Verhältnisse, denn so ist u. A. „La Presse“ von verschiedenen Seiten entschieden als ein welsches Organ bezeichnet worden und hat sich als solches in der That bei vielen Gelegenheiten gezeigt. Auffallend ist ferner die Auffassung des Blattes, daß preussischerseits der Familienbesitz der Depositionen außerhalb des Rechts erklärt worden sei. Den Depositionen ist bekanntlich eine so große Summe gewährt, daß sie eine sehr starke Opposition in Preußen hervorgerufen hat. — Nach dem „Moniteur de l'Armee“ soll in Saarlouis bei Gelegenheit der Feier des hundertjährigen Geburtstags des Marschall Ney u. A. auch ein Toast ausgebracht worden sein, der mit den Worten begonnen habe: „Bewohner Saarlouis“, die Ihr von Mutterlande durch die Macht der Ereignisse getrennt seid u. s. w.“ Der „Moniteur“ bemerkt noch, daß der Toast mit einem Sturm patriotischer Begeisterung aufgenommen worden sei. Die französischen Blätter werden hieraus den Schluß ziehen, daß sich die Bevölkerung von Saarlouis nicht als deutsch ansieht. Hier ist von einer solchen Stimmung Saarlouis' nichts bekannt und wird überhaupt bezweifelt, daß ein solcher Toast ausgebracht worden ist.

Ist es der Fall gewesen, so dürfte der Toast wahrscheinlich in einem kleinen Kreise von Franzosen ausgesprochen worden sein. — Wie die „Kreuztg.“ meldet, ist man hier von einer befreundeten Regierung darauf aufmerksam gemacht worden, daß auf den Grafen Bismarck ein Attentat und zwar von einem ehemaligen hannoverschen Studenten beabsichtigt werde. Man wird sich bei dieser Gelegenheit erinnern, wie ein Theil der Opposition aus Anlaß des Blind'schen Attentats dem Grafen Bismarck ein Vorwurf daraus gemacht wurde, daß er ein Panzerhemd getragen haben sollte. Er hat nun zwar ein solches Hemd niemals getragen, indessen ist doch darauf hinzuweisen, wie stark die Begriffsverwirrung auch hier ist, Jemandem, der so viele politische Gegner, unter denen sich viele Fanatiker befinden, hat, einen Vorwurf daraus zu machen, wenn er natürliche Vorsichtsmaßregeln ergreift. — Von national-liberaler Seite werden im Kampfe gegen das sogenannte System Eulenburg oder Mülher bekanntlich nicht immer ehrliche Waffen angewandt und wird sogar nicht selten zur offenen Entstellung oder Lüge die Zuflucht genommen. In solcher Weise wird auch wieder die Anwesenheit des Ober-Präsidenten v. Möller verarbeitet, insofern behauptet wird, dieselbe stehe mit Verhandlungen wegen Uebernahme des Ministeriums des Innern seinerseits im Zusammenhange. Diese Nachricht oder Kombination hat nicht den geringsten tatsächlichen Anhalt, vielmehr hat die Anwesenheit des Herrn v. Möller, wie wir auch schon mitgetheilt haben, nur mit den Anlässen der Stadt Frankfurt in Verbindung gestanden.

Berlin, 7. Februar. Sr. Maj. der König hatte gestern eine Unterredung mit dem aus Petersburg zurückgekehrten Flügel-Adjutanten Major Prinz Anton Radziwill, empfing alsdann den Kommandeur der 17. Infanterie-Brigade, General-Major Baron Schuler von Senden aus Glogau, den Kommandanten von Rendsburg, General-Major v. Borde, den Kommandeur des 8. schlesischen Infanterie-Regiments Nr. 57. Oberst von Kranach aus Hannover, nahm die Vorträge des Militär-Kabinetts, des Geh. Ober-Regierungs-Rathes Wehrmann an Stelle des erkrankten Geh. Rabinets-Rathes v. Müllers, des Geh. Hofrathes v. Bode entgegen und arbeitete Nachmittags mit dem Minister-Präsidenten Graf Bismarck. Um 5 Uhr wohnten die Majestäten im wissenschaftlichen Verein in der Sing-Akademie der Vorlesung des Korvetten-Kapitän Werner aus Danzig über das Rettungswesen zur See bei und erschien Abends 9½ Uhr auf dem Maskenballe im Kronprinzlichen Palais; zu welchen Herren und Damen aus der höheren Gesellschaft 3 Quadrillen eingeübt hatten, deren Generalprobe am Freitag Abends dort stattgefunden hatte. Die Musik wurde vom Musikcorps des Kaiser Franz-Grenadier-Regiments ausgeführt. — Bei dem König und der Königin findet am Dienstag 9½ Uhr Abends im Weißen Saale des hiesigen Schlosses Ball mit Buffets statt und werden auf demselben die drei Quadrillen, welche auf dem Maskenballe im Kronprinzlichen Palais getanst wurden, wiederholt. Die Zahl der geladenen Gäste beträgt über 1400.

Breslau, 7. Februar. Die „Breslauer Zeitung“ meldet, daß der Oberkirchenrath das Konsistorium angewiesen habe, von weiteren Zwangsmaßregeln behufs der Einführung eines neuen Gesangbuchs in Reichenthum Abstand zu nehmen.

Dresden, 6. Februar. Dem Bundeskanzler sind von Handeltreibenden und Fabrikanten nicht nur Preussens, sondern auch Sachsens, Gesuche um Abschluß eines Vertrages mit den Vereinigten Staaten von Nordamerika zugegangen, um eine Herabsetzung der für den Wollenzweig vererblichen hohen amerikanischen Eingangszölle, welche letztere auch andere Zweige bedrücken, wenn möglich herbeizuführen.

Wien, 7. Februar. Die „Wiener Zeitung“ meldet in ihrem amtlichen Theile: Der Kaiser hat dem neu ernannten Konful des norddeutschen Bundes in Pesth das Equatour ertheilt.

Paris, 5. Februar. Der „Constitutionnel“ kommt heute auf die vom Grafen Bismarck bei der Beschlagnahme-Debatte gehaltenen Reden zurück und versichert, daß Frankreich es niemals Ausländern gestatten werde, seine Gastfreundschaft zu missbrauchen, um gegen die Sicherheit eines befreundeten Nachbarn zu intriguen.

Paris, 6. Februar. Nach hier eingetroffenen Berichten aus Athen vom heutigen Tage ist noch kein neues Ministerium gebildet. Die Aufregung dauert fort. Es wird versichert, daß, falls Griechenland bis Sonntag den Konferenzbeschluss nicht angenommen, die Konferenz am Montag zusammentreten werde, um zu entscheiden, ob Griechenland eine neue Frist bis zur Bildung des Ministeriums bewilligt werden solle.

Paris, 6. Februar. „France“ versichert, sämtliche Souveräne, die auf der Konferenz vertreten waren, haben an den König Georg von Griechenland eigenhändige Schreiben gerichtet. König Georg habe

8	Saunder	6 Tag.	151 $\frac{1}{2}$ Bz
	"	2 Mt.	150 $\frac{1}{2}$ B
	Von Nordsee	8 Tag.	142 $\frac{1}{2}$ G
	"	2 Mt.	—
	London	10 Tag.	6 25 oz
	"	3 Mt.	6 23 $\frac{1}{2}$ B
	Paris	10 Tg.	81 $\frac{1}{2}$ B
	"	2 Mt.	81 $\frac{1}{2}$ B
	Remen	3 Mt.	—
	St. Petersburg	3 Wch.	—
	Wien	8 Tag.	—
	"	2 Mt.	—
	Preuss. Bank	4	Lomb. 4 $\frac{1}{2}$
	Sta.-Aul. 5457	4 $\frac{1}{2}$	—
	"	5	—
	St.-Schlidsch.	3 $\frac{1}{2}$	—
	P. Prim.-Aul.	3 $\frac{1}{2}$	—
	Pomm. Pfäbr.	3 $\frac{1}{2}$	—
	"	4	—
	" Rentenb.	4	—
	Ritt. P.P.B.A.	4	—
	Berl.-St. E. A.	4	—
	" Prior.	4	—
	"	4 $\frac{1}{2}$	—
	Starg.-P. E.A.	4 $\frac{1}{2}$	—
	" Prior.	4	—
	St. Stadt O.	4 $\frac{1}{2}$	92 $\frac{1}{2}$ B
	St. Bärenhaus-O.	4	—
	St. Schauspielh.-O.	5	100 B
	Pom. Chausseeb.-O.	5	102 B
	Greifenhag. Kreis-O.	5	—
	Pr. National-V.-A.	4	115 B
	Pr. Sec.-Assicuranz	4	160 G
	Pomerania	4	120 B
	Union	4	110 B
	St. Speicher-A.	5	—
	Ver.-Speicher-A.	5	—
	Pom. Prov. Zuckers.	5	—
	N. St. Zuckersied.	4	160 B
	Mesch. Zuckerfabrik	4	—
	Bredower "	4	—
	Walmühle	5	—
	St. Portl.-Cementf.	4	—
	St. Dampfschlepp G.	5	—
	St. Dampfschiff-V.	5	—
	Neue Dampfer-C.	4	97 B
	Germania	102 $\frac{1}{2}$ B	—
	Vulkan	145 B	—
	St. Dampfmühle	4	108 B
	Pommernsd. Ch. F.	4	205 B
	Chem. Fabrik-Ant.	4	—
	St. Kraftdringer-F.	—	—
	Gemeinn. Bauges.	5	160 B
	Grabow Stadt-Obl.	5	—